

Die Parteileitungen haben sich an diese Anleitung gewöhnt und ihnen ist die „Argumentation der Woche“ zum unentbehrlichen Hilfsmittel geworden. Darin werden sie auf die Hauptgedanken in den Dokumenten und Materialien der Parteiführung aufmerksam gemacht und diese werden ihnen erläutert; darin wird ihnen wichtiges Tatsachenmaterial zusammengefaßt in die Hand gegeben; darin werden direkt Fragen aus Diskussionen im Kreisgebiet beantwortet.

Am 1. Juni erschien das Interview des Genossen Walter Ulbricht für das Zentralorgan „Neues Deutschland“ zum Wiener Treffen des Genossen Chruschtschow mit Kennedy. In der Bürositzung am 2. Juni wurde eine Argumentation dazu beraten, die dann noch am gleichen Tage, auf die bereits beschriebene Weise, in die Hände der Grundorganisationen gelangte. Sie trug die Überschrift „Friedensvertrag — gerechteste Sache der Welt“. Sie ging aus von dem Hinweis Walter Ulbrichts auf die Notwendigkeit des Friedensvertrages und der Lösung des Westberlin-Problems und antwortete ausführlich auf die im Gummiwerk geäußerte Meinung, nach dem Potsdamer Abkommen hätten die Westmächte das Recht, in Westberlin zu bleiben. So wurde nachgewiesen, wie die Westmächte seit 1945 das Potsdamer Abkommen mit Füßen getreten und durch ihre Haltung jedes Recht verloren haben, noch länger in Westberlin zu bleiben, um diesen Unruheherd aufrechtzuerhalten.

Diese „Argumentationen der Woche“ werden von den Genossen sehr vielfältig verwandt. Sie dienen nicht nur zur Anleitung der Agitatoren, in den Betrieben benutzen die Genossen sie in Brigadebesprechungen, bei der Meisterschulung und vielen anderen Zusammenkünften. Der Parteisekretär der APO der Cy-De-Anlage im Stickstoffwerk Piesteritz ruft jeden Sonnabend die Parteigruppenorganisatoren zusammen und bespricht mit ihnen die Argumentation, die er am Freitag erhalten hat. Jeder bekommt dabei selbst ein Exemplar. Im Staatsapparat wird die „Argumentation der Woche“ bei Dienstbesprechungen ausgewertet und ähnlich bei vielen anderen Gelegenheiten.

Von großer Bedeutung für ein wirklich offensives politisches Auftreten der Partei ist die rasche Anleitung der Grundorganisationen bei besonderen politischen Ereignissen. Da ist unsere „Argumentation der Woche“ am Freitag manchmal noch nicht rasch genug.

Als das Memorandum der Sowjetregierung, das Genosse Chruschtschow in Wien an Kennedy übergab, erschien, rief die Kreisleitung sofort die Parteisekretäre der Betriebe zusammen. Ein Sekretär der Kreisleitung erläuterte ihnen — anwesend waren auch alle Mitarbeiter des Apparates der Kreisleitung — die Hauptgedanken des Memorandums. Bei dieser Beratung wurde festgelegt, daß die Parteisekretäre sofort die Parteigruppenorganisatoren zusammenrufen sollen, um sie mit diesen Fragen vertraut zu machen und die Diskussion im Betrieb beginnen zu können. In einer Reihe von Brigaden und Abteilungen sollten die Funktionäre am gleichen Tage über das Memorandum sprechen. Im VEB Wikana, einer Süßwarenfabrik, gab es mehrere solcher Brigadeversammlungen an diesem Tage, in denen die Kollegen ihre Gedanken über das Memorandum austauschten und den sowjetischen Vorschlägen zustimmten.

Seminaristische Schulung

Solch eine rasche Information ist der erste Schritt. Aber vielfach, gerade wenn es sich um Grundfragen unserer Politik handelt, reicht sie allein nicht aus. Mit dem Abschluß eines Friedensvertrages und der Lösung des Westberlin-Problems hatten wir uns, wie schon erwähnt, bereits seit einiger Zeit in der politischen Massenarbeit recht intensiv befaßt. Dennoch gab es immer wieder Fragen, oft wiederholt die gleichen und auch immer wieder neue dazu. Deshalb beschlossen wir, für alle Parteisekretäre und jeweils dazu ein Leitungsmitglied Seminare durchzuführen. Diese fanden am 16. Juni statt und nahmen das sowjetische Memorandum zum Friedensvertrag mit Deutschland zur Grundlage.

Das Büro beschloß den Seminarplan. Er sah vor, noch einmal die gegensätzliche Entwicklung in beiden deutschen